

Länder des Nahen Ostens im Porträt

Tunesien: Insolvenzverwalter des „Arabischen Frühlings“

Von Kristina Milz

LÄNDER-
PORTRÄT-
SERIE



Demonstration während des Generalstreiks von tunesischen Medienvertretern wegen der Inhaftierung des Journalisten Zied el-Heni, Tunis, 16. September 2013 Foto: Kristina Milz

Vor vier Jahren floh der tunesische Diktator Ben Ali vor den revolutionären Unruhen nach Saudi-Arabien. Seither haben gravierende politische und gesellschaftliche Veränderungen das nordafrikanische Land zum einzig verbliebenen Hoffnungsträger des einst so gefeierten „Arabischen Frühlings“ gemacht. Dabei steht es vor enormen Herausforderungen: Die Arbeitslosigkeit steigt, die Wirtschaft stagniert und die Jahrzehnte währende autokratische Herrschaft muss aufgearbeitet werden. Seit Monaten verzweifeln zudem tausende Familien, weil ihre Söhne für den „Islamischen Staat“ kämpfen. Trotzdem regiert seit der friedlichen Machtübergabe Ende 2014 die Hoffnung in Tunesien. Ein Porträt des Geburtslandes der Arabischen Revolution.

Tunis am Morgen des 2. Februar 2013: Basma Khalfaoui bereitet das Frühstück und packt die Schultasche für ihre Tochter. Plötzlich fallen Schüsse. „Ich ging sofort auf den Balkon, um zu sehen, was los ist“, erzählt sie später und blickt auf den Boden. Sie rennt im Nachthemd auf den Parkplatz vor dem Haus. Ihr Mann liegt blutend auf dem Boden. „Es war klar, dass er erschossen wurde, aber ich wollte es nicht glauben“, sagt sie. Damals war sie noch die Frau eines unbequemen Oppositionspolitikers mit linken Träumen. Heute ist Basma Khalfaoui die Witwe einer Ikone. Ihr Mann Chokri Belaïd erlag seinen Verletzungen im Krankenhaus.¹

Ein befreundeter Nachbar wurde des Attentats beschuldigt und verhaftet, doch Belaïds Familie ist überzeugt, dass die islamistische Partei *Ennahda* („Wiedergeburt“), die zum damaligen Zeitpunkt die Regierung stellte, die Verantwortung für das Attentat trägt: Sie habe den Boden dafür bereitet, dass sich der Hass gegen Andersdenkende ein tödliches Ventil suchte. Im August 2013 machte die Regierung denn auch die salafistische Gruppierung *Ansar al-Sharia* („Anhänger des islamischen Rechts“), deren Anhänger lange auch den fundamentalistischen Rand der *Ennahda* stellten, für den Mord verantwortlich und verbot sie als terroristische Organisation. Für die Hinterbliebenen zumindest ein erster Schritt.

Nicht Wenige sind der Meinung, der „Arabische Frühling“ habe längst Insolvenz angemeldet. Einzig Tunesien, das Land, in dem Anfang 2011 die Proteste in der arabischen Welt nach der öffentlichen Selbstverbrennung eines Obsthändlers in dem Städtchen Sidi Bouzid ihren Ausgangspunkt nahmen, gilt in politikwissenschaftlichen Analysen noch als Hoffnungsträger der Region.² Gemessen am nachrevolutionären Chaos seiner Nachbarn – wie etwa der Libyer und insbesondere der Syrer – ist diese Qualifizierung nach wie vor plausibel. Während ein arabisches Land nach dem anderen aus unterschiedlichsten Gründen an der Revolution zu scheitern droht, hat Tunesien jüngst die erste friedliche demokratische Machtübergabe geschafft. Doch auch im kleinsten Land Nordafrikas sieht sich die postrevolutionäre Gesellschaft gewaltigen Herausforderungen ausgesetzt.

„Sie machen mich wütend“

Vor nunmehr vier Jahren wurde Tunesiens autoritärer Herrscher Zine el-Abidine Ben Ali gestürzt. Die Proteste stützten sich auf breite Zustimmung im Volk.³ In einer Umfrage⁴ gab eine Mehrheit der befragten Tunesier an, dass sich das Leben in ihrem Land im Vergleich zur Lage vor der Revo-

¹ Vgl. Kristina Milz: Ein Stuhl bleibt leer, in: *zenith – Zeitschrift für den Orient* 5 (2013), S. 44–47.

² So beispielsweise Isabelle Werenfels: Tunesiens Demokratisierung: Lernen aus den Katastrophen der Anderen, in: *Stiftung Wissenschaft und Politik, Kurz gesagt*, 27.01.2014, <http://www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/tunesiens-demokratisierung-lernen-aus-den-katastrophen-der-anderen.html> [Stand: 09.02.2015].

³ 48 Prozent der Tunesier gaben sogar an, an der Revolution aktiv beteiligt gewesen zu sein. Mansoor Moaddel: *The Birthplace of the Arab Spring: Values and Perceptions of Tunisians and A Comparative Assessment of Egyptian, Iraqi, Lebanese, Pakistani, Saudi, Tunisian, and Turkish Publics*, University of Maryland 2013, hier S. 4.

⁴ Befragt wurden 3.070 volljährige Tunesier/innen sowie Vergleichsgruppen in Ägypten, Irak, Libanon, Pakistan, Saudi-Arabien und der Türkei.



Basma Khalfaoui, Witwe des Politikers Chokri Belaïd

Foto: Kristina Milz



Gedenkstein für Belaïd unweit des Attentatortes im Viertel El Mensah, Tunis Foto: Kristina Milz

lution verbessert habe: Willkürliche Verhaftungen und die Korruption beispielsweise seien zurückgegangen.⁵ Noch mehr Befragte allerdings glauben, dass die Schere zwischen Arm und Reich seither weiter auseinandergegangen sei.⁶ Auch wenn die katastrophale wirtschaftliche Lage zu Recht als eine der Hauptursachen der Revolution betrachtet wird,⁷ dürfen die als „postmaterialistisch“ etikettierten Werte und Einstellungen des tunesischen Volkes nicht vernachlässigt werden: Demokratie und Menschenrechte waren zentrale Forderungen der Protestierenden.

Viele Tunesierinnen und Tunesier erkennen die bisherigen Errungenschaften der Revolution in rechtsstaatlichen Fragen an. Auf der anderen Seite scheinen sie diese nicht der zum Zeitpunkt der Befragung⁸ regierenden Koali-

tion aus *Ennahda*, *Ettakatol* („Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheit“) und *Al-Mottamar* („Kongress für die Republik [CPR]“) zuzuschreiben. Auf die Frage, welche Gefühle sie den politischen Führungskräften entgegenbrächten, antwortete 2013 ein bemerkenswertes Drittel mit der Auswahlmöglichkeit „Sie machen mich wütend“. ⁹ Weitere zwanzig Prozent sind eigenen Angaben zufolge „traurig“ und viele andere gaben an, sie würden die politische Führung „verachten“. Dieser klaren Mehrheit an massiver Unzufriedenheit steht nur ein Drittel der Befragten gegenüber, die „Respekt“ haben oder sich angesichts der politischen Führung „sicher fühlen“. 84 Prozent der Tunesier empfinden das Leben in ihrem Land als „unvorhersehbar“ und „gefährlich“. ¹⁰

5 Moaddel (wie Anm. 3), S. 5.

6 Ebd.

7 Ein „hohes Maß an ökonomischem Wachstum“ sehen denn auch 29 Prozent der Tunesier als oberste Priorität für das Land, vgl. Moaddel (wie Anm. 3), S. 37.

8 Die Befragung wurde in den Monaten März bis Mai 2013 durchgeführt.

9 Hier und im Folgenden: Moaddel (wie Anm. 3), S. 24.

10 Ebd., S. 79.



Auftritt des tunesischen Präsidenten Zine El Abidine Ben Ali mit seiner Frau Leila, Carthago, 25. Oktober 2009

Foto: ullstein bild/Fotograf Hassene Dridi

Die Fälle der ermordeten tunesischen Oppositionspolitiker¹¹ eröffnen einen Blick auf die strukturellen Problemfelder, die Tunesien nach der Diktatur beherrschen. Familie Belaïd wurde ein halbes Jahr kein Polizeischutz gewährt, obwohl sie diesen nach dem Attentat umgehend angefordert hatte.¹² Auch die Reaktion der Justizbehörden auf den Mord war nach rechtsstaatlichen Kriterien kaum zu rechtfertigen. Hinzu kamen öffentliche Verunglimpfungen, die Belaïd bereits im Wahlkampf Atheismus und Finanzierung aus dem Ausland unterstellt hatten – pauschale Verleumdungsmuster, die in der gesamten arabischen Welt immer wieder greifen. Von der *Ennahda* nahestehenden Journalisten wurde sogar das Gerücht gestreut, seine Ehefrau selbst habe ihren Mann erschossen. Die Fronten zwischen Säkularen und Islamisten sind verhärtet. Während die einen die *Ennahda*-

Anhänger oftmals pauschal als „Terroristen“ bezeichnen, ist andersherum der Vorwurf allgegenwärtig, die Gegner der Regierung stünden nach wie vor dem gestürzten Ben-Ali-Regime nahe.¹³

Von der Unabhängigkeit zur zweiten „Jasmin-Revolution“

Um die derzeitigen Konfliktlinien im Land nachvollziehen zu können, ist ein Blick auf die jüngere historische Entwicklung sowie die Bevölkerungsstruktur Tunesiens aufschlussreich. Der Staat an der Küste Nordafrikas erlangte seine Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft im Jahr 1956. Angeführt wurde die Bewegung vom tunesischen Nationalisten Habib Bourguiba, der das Land

11 Nur wenige Monate nach der Ermordung Belaïds, am 25. Juli, wurde der Vorsitzende der kleinen linken Partei „Die Volksbewegung“, Mohamed Brahmi, ebenfalls vor seiner Haustür erschossen. Der Trauerzug wurde zu einer Massendemonstration mit Straßenschlachten zwischen Islamisten und Säkularen.

12 Milz (wie Anm. 1), S. 45.

13 So etwa bei den Demonstrationen für Pressefreiheit als Reaktion auf die Verhaftung eines regierungskritischen Journalisten im September 2013, als die versammelten Medienvertreter das Religionsministerium belagerten. Kristina Milz: Freiheit hinter Gittern, in: zenithonline vom 23.09.2013, <http://www.zenithonline.de/deutsch/gesellschaft/a/artikel/freiheit-hinter-gittern-003814/> [Stand: 08.02.2015].



Abbildung: ddp images/Peter Hermes Furian

bis 1987 autoritär regierte. Die Spuren, die der französische Kolonialismus hinterlassen hat, sind bis heute spürbar: Obwohl Arabisch als einzige Amtssprache fungiert,¹⁴ spricht eine breite Mehrheit im Alltag das als Tunesisch bezeichnete Gemisch aus Arabisch und Französisch, für das es keine offizielle schriftliche Entsprechung gibt.¹⁵ Bestrebungen, die französische Sprache aus dem Land zu verdrängen, blieben relativ erfolglos. Reines Französisch hingegen gilt als typisches Kennzeichen der gebildeten Oberschicht.

Im November 1987 setzte General Ben Ali als amtierender Ministerpräsident den langjährigen Staatspräsidenten Bourguiba mit der Begründung ab, dieser sei „senil“. Dabei wurde er von einer breiten Mehrheit des politischen Spektrums unterstützt. Der unblutige Putsch wurde als „Jasminrevolution“ bezeichnet – ein Begriff, den sich auch die Demonstranten von 2011 zu eigen machten, um damit die Souveränität des Volkes im „Land des Jasmins“ zu unterstreichen.

Sowohl in der Ära Bourguiba als auch unter Ben Ali wurden zwei Kräfte Tunesiens systematisch unterdrückt, die sich später als schärfste Widersacher des Systems herausstellen sollten: die Gewerkschaften¹⁶ und der politische Islam.¹⁷ Bourguiba verabschiedete zahlreiche Reformen, die den Einfluss der Religion auf das öffentliche Leben einschränkten. Islamistische Gruppierungen wurden vom politischen Prozess ausgeschlossen, Koranschulen wurden verstaatlicht. Nach der Machtübernahme Ben Alis, der zunächst einen weniger autoritären Führungsstil als sein Vorgänger pflegte, wurden einige inhaftierte Oppositionelle freigelassen. Mit dem drohenden Beispiel des Nachbarlands Algerien konfrontiert, wo infolge des Wahlsiegs der Islamisten Ende 1991 ein Bürgerkrieg ausbrach, der die herrschenden Machtverhältnisse infrage stellte, wurde Tunesien zunehmend autokratisch regiert. Dass diese Entwicklung des pro-europäischen, pro-amerikanischen Regimes in der EU und den USA toleriert, ja aus Angst vor einem Erstarken des Islamismus sogar protegiert wurde,¹⁸

gehört in die Reihe der wenig ruhmreichen Politiken des „Westens“ gegenüber der arabischen Welt. Die systematische Unterdrückung der Opposition sollte sich 2011 ins Gegenteil verkehren, als in der ersten demokratischen Wahl des Landes das Volk genau diesen Kräften die größte Legitimität zusprach.

Im Vergleich zu anderen Staaten des Nahen Ostens ist Tunesien mit seinen rund elf Millionen Einwohnern¹⁹ durch eine ausgesprochen homogene Gesellschaft gekennzeichnet: 98 Prozent der Bevölkerung gelten als arabischstämmig.²⁰ Nach offiziellen Angaben gehören 99,1 Prozent der Tunesier und Tunesierinnen dem sunnitischen Islam an.²¹ Ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft entlang konfessioneller oder ethnischer Linien kann demnach auch von einer genau dies provozierenden Politik (wie sie beispielsweise im Zuge der Protestwelle in Syrien vom Assad-Regime verfolgt wurde und wird), nicht herbeigeführt werden. Vielmehr konzentriert sich der gesellschaftliche Konflikt in Tunesien auf eine andere Ebene, insbesondere in Bezug auf die religiöse Überzeugung: Hier teilt sich die Gesellschaft hinsichtlich der Auslegung des sunnitischen Islam und konzentriert sich auf Fragen der Säkularität und der Bedeutung der „*Shari'a*“ (des islamischen Rechts) für das Gemeinwesen.

Stellung des Islam in Politik und Gesellschaft

Entgegen der Wahrnehmung vieler europäischer Kommentatoren, die die Vereinbarkeit von mehrheitlich muslimisch bevölkerten Ländern und der Demokratie grundsätzlich infrage stellen,²² ist die Trennung von Staat und Religion in Tunesien ein durchaus bestimmendes Ideal: Mehr als zwei Drittel der Tunesierinnen und Tunesier sind überzeugt, dass Religion und Politik nicht vermischt werden sollten.²³ Eine islamische Regierung befürworten mit Nachdruck lediglich 17 Prozent der Befragten.²⁴ Damit einhergehend präferiert

14 CIA World Factbook 2014, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ts.html> [Stand: 11.02.2015].

15 Juliette Garmadi-Le Cloirec: Remarques sur la Syntaxe du Français de Tunisie, in: Langue Française 35 (1977), S. 86.

16 Zur „Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT)“ und seiner Vergangenheit in der Opposition siehe Anna Fleischer: Tunesien: Der Geburtsort des „Arabischen Frühlings“ – Drei Jahre danach. Kurzanalyse des Deutschen Orient-Instituts, Berlin 2014, S. 5 f.

17 Hier und im Folgenden: Fleischer (wie Anm. 16), S. 2 f.

18 Dazu auch ebd., S. 4 f.

19 United Nations Population Fund 2014.

20 CIA World Factbook (wie Anm. 14).

21 Das verbleibende Prozent setzt sich aus Christen, Juden, Schiiten und Anhängern der vergleichsweise jungen *Baha'i*-Religion zusammen: CIA World Factbook (wie Anm. 14).

22 Die Diskussion um die Demokratiekompatibilität „des Islam“ erfreut sich spätestens seit den jüngsten Entwicklungen in der arabischen Welt wieder verstärkter Aufmerksamkeit. Der kulturalistische Ansatz, der auf dem von Huntington suggerierten „Kampf der Kulturen“ fußt, ist in dieser Frage vor allem im populistischen Diskurs nach wie vor breit vertreten. Samuel P. Huntington: The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York 1996.

23 Moaddel (wie Anm. 3), S. 61.

24 Einen nützlichen Vergleichswert stellen hier die ägyptischen Untersuchungsergebnisse mit immerhin 26 Prozent dar, vgl. Moaddel (wie Anm. 3), S. 66.

LANDESDATEN

	TUNESIEN	Deutschland
Fläche	¹ 163.610 km ²	4357.340 km ²
Bevölkerung	² 11.100.000	480.822.200
Bevölkerungsprognose bis 2050	² 13.192.000 (2012)	⁵ 74.720.000 (2013)
Bevölkerungswachstum	¹ 0,92% (Schätzung)	¹ -0,18% (Schätzung), ⁴ 0,3% (2013)
Ethnische Gruppen	¹ 98% Araber, ¹ 1% Europäer u.a.	¹ 91,5% Deutsche, ² 4% Türken, ⁶ 1% andere
Religionszugehörigkeit	¹ 99,1% Sunniten, ¹ 1% andere (Christen, Juden, Schiiten, Baha'i)	¹ 34% Protestanten, ³ 4% Katholiken, ³ 7% Muslime, ²⁸ 3% Konfessionslose u. a. Religionen
Sprachen	¹ Arabisch (offiziell), Französisch, Tamazyit	¹ Deutsch
Durchschnittsalter	¹ 31,4 Jahre	¹ 46,1 Jahre
Bevölkerung unter 15 Jahren	¹ 23%	¹ 13%
Bevölkerung über 65 Jahren	¹ 7,7%	¹ 20,9%
Lebenserwartung bei der Geburt	² Männer 74 Jahre, Frauen 78 Jahre (Ø2010-2015)	¹ Männer 78 Jahre, ¹⁵ Frauen 82 Jahre, ⁸⁶
Geburten pro Frau	² 2,0 (Ø2010-2015)	¹ 1,43 (Schätzung)
Alphabetisierungsrate	¹ 79,1% (Männer 87,4%)	¹ 99% (Männer und Frauen)
Wachstum BIP	³ 0,3%	⁴ 1,5%
BIP pro Kopf	³ 10.739 US-\$ (2013)	¹ 39.500 US-\$ (2013)
Arbeitslosigkeit	¹ 17,2% (Schätzung 2013)	¹ 5,3% (2013)
Jugendarbeitslosigkeit (15-24 J.)	¹ 42,3% (2011)	¹ 8,1%
Inflation	¹ 6,1% (Schätzung 2013)	¹ 1,6% (Schätzung 2013)
Human Development Index (United Nations Development Programme)	Rang 90 (von 187 Staaten)	Rang 6 (von 187 Staaten)
Global Peace Index (Institute for Economics and Peace)	Rang 79 (von 162 Staaten)	Rang 17 (von 162 Staaten)
Rating Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)	Rang 133 (von 180 Staaten)	Rang 14 (von 180 Staaten)
Korruptionsindex CPI (Transparency International)	Rang 79 (von 175 Staaten)	Rang 12 (von 175 Staaten)

Angaben (soweit nicht anders angegeben) aus dem Jahr 2014.

¹ CIA World Factbook

² United Nations Populations Fund

³ Trading Economics

⁴ Statistisches Bundesamt

⁵ Eurostat



Erste Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung nach der Krise des ANC-Prozesses im Sommer, Tunis, 17. September 2013

Foto: Kristina Milz

nahezu die gleiche Anzahl an Befragten Politiker, die strenge islamische Überzeugungen haben, gegenüber Politikern, die sich auf „nationale Interessen“ beschränken.²⁵

Angesichts dieser Befunde erscheint der überwältigende Wahlsieg der islamistischen *Ennahda* im Oktober 2011 in der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung²⁶ zunächst erklärungsbedürftig. Der Widerspruch löst sich durch einen Blick auf die Geschichte Tunesiens auf: Gewählt wurden insbesondere solche Parteien und Politiker, die eine politische Vergangenheit als oppositionelle Kraft gegen das Ben-Ali-Regime vorzuweisen hatten.²⁷ Die beiden späteren Koalitionspartner der *Ennahda* – CPR (mit 8,7 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft) und *Ettakatol* (7 Prozent)²⁸ – sind säkular orientierte Mitte-Links-Parteien. *Ettakatol*, die sich der Korruptionsbekämpfung und Transparenz im politischen Prozess verschrieben hat, wurde bereits 1994 gegründet, aber erst 2001 rechtlich anerkannt; die

25 Ebd., S. 72.

26 Mit 37 Prozent der Stimmen die mit Abstand erfolgreichste Partei. National Democratic Institute: Final Report on the Tunisian Constituent Assembly Elections, Washington 2011, S. 19, https://www.ndi.org/files/tunisia-final-election-report-021712_v2.pdf [Stand: 11.02.2015].

27 So argumentiert auch Nouri Gana: Introduction: Collaborative Revolutionism, in: Nouri Gana (Hrsg.): The Making of the Tunisian Revolution. Contexts, Architects, Prospects, Edinburgh 2013, S. 1–31.

28 National Democratic Institute (wie Anm. 26).

29 Fleischer (wie Anm. 16), S. 7.

30 Werenfels (wie Anm. 2).

Bürgerrechtspartei CPR wurde 2001 gegründet und bereits im darauffolgenden Jahr wieder verboten.²⁹

Zudem darf nicht vergessen werden: Die *Ennahda*-Partei war im Vergleich zu anderen islamistischen Parteien in Nahost bezüglich ihrer Einstellungen zur gesellschaftlichen und politischen Ordnung immer schon progressiver und toleranter; dies gilt insbesondere auch im Vergleich zur ägyptischen Muslimbruderschaft.³⁰ Der Oberbegriff „Islamismus“ bezeichnet zunächst lediglich das Phänomen eines „politischen Islam“ und kann daher von moderaten Bewegungen wie der *Ennahda* hin zu terroristischen Vereinigungen Unterschiedliches, wenn nicht sogar Gegensätzliches meinen.

Die überwiegend säkulare Orientierung der tunesischen Gesellschaft bedeutet keine Abwendung der Menschen vom Glauben: Auf die Frage nach identitätsbestimmenden Merkmalen sieht sich deutlich mehr als die Hälfte



Die Große Moschee in Kairouan gehört zum Weltkulturerbe. Das Areal um eines der bekanntesten Gotteshäuser Tunesiens umfasst mehrere tausend Quadratmeter. Foto: Kristina Milz

der tunesischen Bevölkerung in erster Linie als Muslime, gefolgt von einem Drittel, das seine Nationalität als ausschlaggebend bezeichnet.³¹ Eine Abwesenheit oder gar „Überwindung“ des Nationalismus ist damit freilich nicht bezeichnet: Drei Viertel der Befragten sind der eigenen Aussage nach „sehr stolz“ darauf, Tunesier/in zu sein.³² Das widerspricht der in islamistischen Kreisen beliebten Vorstellung einer „Umma“ („Gemeinschaft aller Muslime“), die in diesem Milieu oftmals im Sinne einer panislamischen, auch hinsichtlich der Staatlichkeit gemeinsamen Identität gefordert wird.

Allerdings haben die grundsätzlich säkularen Ansichten der Tunesierinnen und Tunesier Grenzen, insbesondere bezüglich der Toleranz gegenüber anderen Religionen: Ein Drittel der Bevölkerung ist der Ansicht, dass tunesische Kinder nichts über andere Religionen lernen sollten; 18 Prozent finden sogar, dass Nicht-Muslimen ihre Religionsaus-

übung verboten werden sollte.³³ Gegen gleiche Rechte für alle Religionsgruppen spricht sich knapp jeder Vierte aus.³⁴ Diese Ergebnisse machen auch die Grenzen der Meinungsfreiheit plausibel, die ein Großteil der tunesischen Bevölkerung zieht: Grundsätzlich spricht sich die überwiegende Mehrheit für den Schutz dieses Grundrechts aus, selbst wenn es den eigenen Überzeugungen oder der Politik der Regierung widerspricht. Nicht mehrheitsfähig ist dagegen der Schutz von Meinungen, die der Religion widersprechen.³⁵ Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass eine Kritik des Islam nicht toleriert werden sollte, aber: nur rund 30 Prozent finden, dass religiöse Führer nicht kritisiert werden dürfen.³⁶ Hier offenbart sich eine Kluft zwischen dem Glauben an sich und der Autorität der Religionsgelehrten, die mit einer weiteren Zahl korrespondiert: Knapp die Hälfte der Befragten gibt an, nie eine Moschee zu besuchen.³⁷

31 Moaddel (wie Anm. 3), S. 74.

32 Ebd., S. 76.

33 Ebd., S. 81 f.

34 Ebd., S. 22.

35 Ebd., S. 6.

36 Ebd., S. 83 f.

37 Weitere 17 Prozent nur selten, vgl. Moaddel (wie Anm. 3), S. 86.

Angesichts dieser Befunde mögen die Berichte über junge, meist männliche Tunesier überraschen, die in den vergangenen Monaten in erschreckender Anzahl den Weg nach Syrien oder in den Irak suchten, um den sogenannten „Islamischen Staat“ bei der Umsetzung seiner brutalen Herrschaft zu unterstützen. Meist lassen sie verzweifelte und ratlose Familienmitglieder zurück. Aus keinem Land kommen derzeit mehr IS-Kämpfer als aus Tunesien, mehrere tausend sollen es sein.³⁸ Man muss jedoch nicht davon ausgehen, dass der Islamismus in seiner derzeit wohl aggressivsten Ausprägung³⁹ zwangsläufig ein Ergebnis religiöser Überzeugung oder gar „Verführung“⁴⁰ darstellt, bedeutet er doch vielmehr eine klare Abkehr vom Mehrheitsglauben der Muslime. Zur Beantwortung der Frage, inwiefern seine Anziehungskraft auf Teile der tunesischen Jugend als Ausdruck von Unzufriedenheit auf ganz anderen Gebieten gedeutet werden kann, scheint ein Blick auf die sozioökonomischen Rahmenbedingungen des Landes aufschlussreich.

Jung, gebildet, arbeitslos

„Eigentlich ähnelte sein Leben dem Leben Hunderttausender anderer junger Tunesier: kein Geld, kein vernünftiger Job, keine Perspektive. Unterdrückt von einem autoritären Regime, gegängelt und gedemütigt von korrupten Beamten, frustriert von einer Gesellschaft, die jungen Menschen kaum Chancen bot.“⁴¹ So kann die Lebenswirklichkeit Mohamad Bouazizis charakterisiert werden, des 26-jährigen

tunesischen Obsthändlers, der mit seiner Selbstverbrennung am 17. Dezember 2010 die Protestwelle in Nahost ins Rollen brachte. Er wurde zur Symbolfigur des Aufstandes gegen die repressiven Regime der arabischen Despoten; sein Bild ging über soziale Netzwerke um die Welt.⁴²

Bouazizi ist kein bedauerlicher Einzelfall: Die Probleme der Jugend sind die Probleme des Landes. Mit 31,4 Jahren Durchschnittsalter⁴³ ist Tunesien eine sehr junge Gesellschaft: 39 Prozent der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre.⁴⁴ Was hat sich an den Rahmenbedingungen für die junge, gut ausgebildete Generation⁴⁵ seither verändert? Die Situation hat sich sogar verschlechtert. Die allgemeine Arbeitslosigkeit in Tunesien liegt jüngsten Erhebungen zufolge bei satten 17,2 Prozent,⁴⁶ vor der Revolution waren es drei Prozentpunkte weniger.⁴⁷ Während die allgemeine Arbeitslosigkeit von 1994 bis 2010 auf relativ konstantem Niveau blieb, ja in den Jahren vor der Revolution sogar leicht zurückging, hat sich die Arbeitslosigkeit von Universitätsabgängern im gleichen Zeitraum vervierfacht.⁴⁸ Drastisch ist die Zahl der Jugendarbeitslosigkeit – für das Revolutionsjahr 2011 wurde sie mit 42,3 Prozent beziffert.⁴⁹ Für viele Tunesier bedeutet dies: Nach dem Hochschulabschluss führt der direkte Weg in die Arbeitslosigkeit, die Aussichten auf eine baldige Anstellung sind gering. Derzeit ist ein Drittel der tunesischen Hochschulabgänger ohne Arbeit.⁵⁰

Die Revolution, für welche die Unzufriedenheit mit der materiellen Lage in der Bevölkerung eine entschei-

38 Martin Gehlen: Tunesiens Mittelschichtkids ziehen in den Dschihad, in: Zeit Online, 02.12.2014, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/tunesien-jihadisten-radikalisierte-jugend> [Stand: 08.02.2015].

39 Vergleichbaren pseudoreligiösen Terror verbreitet derzeit wohl neben dem „Islamischen Staat“ nur noch die nordnigerianische Gruppierung *Boko Haram* („Westliche Bildung ist verboten“ ist eine gängige Übersetzung des Namens).

40 Zit. nach Gehlen (wie Anm. 38).

41 Yasemin Ergin: Als die Willkür unerträglich wurde, in: Daniel Gerlach u. Christian H. Meier (Hg.): Der Nahe Osten in hundert Köpfen. Biografische Skizzen zu Zeitgeschichte und Gegenwart, Bonn 2012, S. 168–170, hier S. 169.

42 Die Rolle von Facebook und anderen sozialen Netzwerken bei den arabischen Revolutionen wurde in vielen Beiträgen übertrieben hoch bewertet. Das Internet stellte mit seinen Möglichkeiten zur Vernetzung ohne Zweifel einen Katalysator der Proteste dar, kann aber sicherlich nicht als Bedingung oder gar ursächlich für diese betrachtet werden. In Ägypten beispielsweise wurde das Internet wenige Tage nach Beginn der Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz landesweit gesperrt – ein Eigentor des Mubarak-Regimes, da diese Maßnahme die Leute erst recht auf die Straße trieb, um Neuigkeiten zu erfahren.

43 CIA World Factbook (wie Anm. 14). Daran wird sich auch in Zukunft vermutlich nichts ändern: Die derzeitige Geburtenrate liegt bei 2,0 Kindern pro Frau (Durchschnittswert von 2010–2015): United Nations Population Fund (Hg.): The Power of 1.8 Billion. Adolescents, Youth and the Transformation of the Future, New York 2014, S. 114.

44 Germany Trade&Invest (Hg.): Wirtschaftstrends kompakt. Tunesien, November 2014, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/11/pub2012112680251111_159420.pdf [Stand: 10.02.2015].

45 Im Ranking zum globalen Bildungsniveau liegt Tunesien derzeit stabil im Mittelfeld auf Rang 90 von 187 Ländern und nimmt im regionalen Vergleich damit eine der besten Platzierungen ein. United Nations Development Programme, Human Development Reports, Education Index (November 2013), <http://hdr.undp.org/en/content/education-index> [Stand: 11.02.2015].

46 Schätzung 2013 nach CIA World Factbook (wie Anm. 14).

47 Fleischer (wie Anm. 16), S. 10.

48 African Development Bank (Hg.): The Revolution in Tunisia: Economic Challenges and Prospects, Edinburgh 2011, S. 2, http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/North%20Africa%20Quarterly%20Analytical%20Anglais%20ook_North%20Africa%20Quarterly%20Analytical.pdf [Stand: 11.02.2015].

49 Die Zahl bezieht sich auf Tunesier/innen zwischen 15 und 24 Jahren. Angabe 2011 nach CIA World Factbook (wie Anm. 14).

50 Germany Trade&Invest (Hg.): Wirtschaftstrends kompakt Jahreswechsel 2014/15: Tunesien, S. 7, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2015/01/pub201501088013_wirtschaftstrends---tunesien--jahreswechsel-2014-15.pdf [Stand: 11.02.2015].

dende Rolle spielte, brachte neue Unsicherheiten mit sich, die die Wirtschaft zusätzlich belasteten: Der so wichtige Tourismussektor brach ein,⁵¹ die Volkswirtschaft schrumpfte im Jahr 2011 um 1,8 Prozent.⁵² Die „schmerzhaften Umbruchprozesse mit Machtkämpfen zwischen Islamisten, Säkularen und Militärs“ mit ihrer einhergehenden Unsicherheit brachte die Volkswirtschaft unter Druck.⁵³ 2012 erholte sich das BIP wieder leicht und hatte einen Zuwachs von 2,7 Prozent zu verzeichnen.⁵⁴ Von 2010 auf 2012 stieg das staatliche Haushaltsdefizit von 1,0 Prozent des BIPs auf 6,3 Prozent, die Staatsverschuldung erhöhte sich im selben Zeitraum von 40,5 auf 52,5 Prozent. Der tunesische Dinar musste gegenüber dem Euro deutlich abgewertet werden. Die Exportwirtschaft dagegen erzielte nicht zuletzt deshalb auch nach der Revolution steigende Erlöse, hatte aber mit der lahmen Wirtschaft in Europa zu kämpfen.

Nach Einschätzung des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI)⁵⁵ ist Tunesien als „Marktwirtschaft mit Funktionsdefiziten“ einzustufen.⁵⁶ Die Schere zwischen Arm und Reich ist, wie bereits erwähnt, nach dem Empfinden der tunesischen Bevölkerung nach der Revolution noch weiter auseinandergegangen. Dies ist insofern erstaunlich, da die grassierende Korruption und die im Ben-Ali-Regime strukturelle Vetternwirtschaft⁵⁷ sich zumindest nicht verstärkt haben dürften. Die Differenz zwischen dem lange vernachlässigten Binnenland und den florierenden Küstenregionen ist immens: Im Jahr 2000 lag der landesweite Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung bei 18,4 Prozent – wobei nur 6,9 im Großraum Tunis, dagegen 30,8 Prozent im mittleren Westen des Landes betroffen waren.⁵⁸ Beobachter befürchten, dass sich die strukturelle Ungleichverteilung mit dem jüngsten Wahlsieg der säkularen Partei *Nidaa Tounes*, deren Wählerschaft sich

vor allem aus der privilegierten urbanen Region Tunesiens rekrutiert, durch eine forcierte Klientelpolitik noch verstärkt.⁵⁹ Optimistischere Stimmen weisen darauf hin: Eine hohe Inflation und Arbeitslosigkeit würden für stagnierenden privaten Konsum im Land sorgen, aber: „Nach Abschluss des demokratischen Übergangs ziehen die Investitionen mäßig an.“⁶⁰

Selbst wenn ein Großteil der jungen Tunesierinnen und Tunesier, die an der Seite des „Islamischen Staates“ in den Kampf gegen „Ungläubige“ zogen, der vergleichsweise vermögenden Mittelschicht entstammen und nicht direkt von Armut betroffen sind,⁶¹ bleibt die Frage nach den Gründen für deren Radikalisierung. Schwerlich kann diese monokausal einzig den aus den Golfstaaten finanzierten und von der *Ennahda* lange Zeit geduldeten salafistischen Imamen angelastet werden. Das radikale Gedankengut, das diese zweifelsohne vertreten, verlangt nach einem Nährboden, auf dem es gedeihen kann. Dass ein hohes Maß an Verunsicherung und Perspektivlosigkeit dabei eine Rolle spielt, ist im Falle Tunesiens kaum von der Hand zu weisen. Die junge Generation sieht sich einem langwierigen Transformationsprozess gegenüber, der naturgemäß nur schrittweise vorankommt und immer wieder Rückschläge hinnehmen muss – nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch in Fragen der Demokratisierung.

Dennoch gilt: „In einer Region, in der politische Konflikte in der Regel mit Gewalt oder Repression ausgeglichen werden, demonstriert Tunesien eindrücklich, dass der Verhandlungsweg zwar zäh sein mag, aber demokratischere und voraussichtlicher auch nachhaltigere Resultate zeitigt.“⁶² Die seit Januar 2014 geltende neue tunesische Verfassung kann als Meilenstein in der Entwicklung des Landes gesehen werden. Doch wie kam es dazu?

51 2013 betrug der Anteil des Reise- und Tourismussektors am gesamten BIP in Tunesien 14,2 Prozent, im Jahr vor der Revolution waren es noch 17,5 Prozent: World Travel and Tourism Council Data, <http://knoema.com/atlas/Tunisia/topics/Tourism/Travel-and-Tourism-Total-Contribution-to-GDP/Total-Contribution-to-GDP-percent-share> [Stand: 12.02.2015]. Von 2010 auf 2011 gingen die Einnahmen in der Branche um rund 30 Prozent zurück: Wirtschaftskammer Österreich (Hg.): Länderreport Tunesien, Wien 2014, S. 4, <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-tunesien.pdf> [Stand: 12.02.2015].

52 Jan Claudius Völkel: BTI 2014 – Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika, Gütersloh 2013, S. 9, http://www.bti-project.de/uploads/tx_itao_download/BTI_2014_Regionalbericht_Naher_Osten_und_Nordafrika.pdf [Stand: 11.02.2015].

53 Völkel (wie Anm. 52), S. 13.

54 Hier und im Folgenden: Völkel (wie Anm. 51), S. 19.

55 Der BTI ist eine von der Bertelsmann Stiftung vorgelegte vergleichende Studie zum Entwicklungsstand und zur Governance von politischen und wirtschaftlichen Veränderungsprozessen in Entwicklungs- und Transformationsländern.

56 Völkel (wie Anm. 52), S. 9.

57 Die Familie Ben Ali wie die seiner Frau Leila Trabelsi und der weitere Familienkreis kontrollierten angeblich mehr als 40 Prozent der tunesischen Wirtschaft. Ausführlich hierzu: Fleischer (wie Anm. 16), S. 4.

58 African Development Bank (wie Anm. 48), S. 3.

59 Vgl. hierzu die Analyse von Anne Wolf: Power Shift in Tunisia. Electoral Success of Secular Parties Might Deepen Polarization, in: SWP Comments 54 (2014), http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C54_wolf.pdf [Stand: 11.02.2015].

60 Germany Trade&Invest (wie Anm. 38).

61 Die ärmeren Jugendlichen sehnen sich Gehlen zufolge eher nach Europa, vgl. Gehlen (wie Anm. 38). Entgegengesetzte Stimmen befürchten, dass sich die Radikalisierung mit zunehmenden ökonomischen Problemen verstärken könnte: Wolf (wie Anm. 59).

62 Werenfels (wie Anm. 2).

„Dégage!“ – und dann?

Tunesiens Bürger waren sich in den Tagen vor der Flucht Ben Alis einig: „Dégage!“ („Hau ab!“) war die Parole, der die Demonstranten ohne jeden Vorbehalt zustimmten. Zu groß war die Verärgerung im Volk über einen Diktator, der die Symbolfigur des Protestes gegen das unterdrückerische Regime kurz vor dessen Tod noch scheinheilig am Krankenbett besuchte.⁶³ Doch im Gegensatz zu manch anderen arabischen Reformstaaten beschränkte sich diese Einigkeit nicht nur auf den Sturz eines ungeliebten Despoten. Eine überwältigende Mehrheit der Tunesier und Tunesierinnen würde wohl dem Churchill'schen Credo beipflichten: „Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“⁶⁴ Wie diese jedoch in Tunesien zu erreichen und zu gestalten ist, darüber wurde und wird im Land gestritten.

Als eine der ersten Amtshandlungen der Übergangsregierung wurden die Verfassung als ungültig erklärt und Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung (ANC) angesetzt, die im Oktober 2011 stattfanden (s. o.). Im Dezember wurde der Menschenrechtsaktivist Moncef Marzouki für ein Jahr zum Präsidenten gewählt. Er ernannte Hamadi Jebali von der stärksten Partei *Ennahda* zum Premierminister. Ein Grundgesetz wurde verabschiedet, das den Aufbau der Regierung regelte. Außerdem sollte es die Gewaltenteilung und Menschenrechte garantieren, bis eine neue Verfassung in Kraft trat. Erst im Januar 2014 ratifizierten die Abgeordneten diese neue Verfassung.⁶⁵ Sie nennt – entgegen der Forderung der tunesischen Islamisten – den Islam nicht als Quelle der Gesetzgebung, sondern definiert den Willen des Volkes als oberste Macht. Männer und Frauen werden per Verfassung vor dem Gesetz gleichgestellt.⁶⁶ Die liberale Gestalt des konstitutionellen Textes sucht in der arabischen Welt ihresgleichen.⁶⁷

„Diese Verfassung war der Traum der Tunesier. Diese Verfassung ist der Beweis für eine Rückkehr der Revolution. Diese Verfassung schafft eine demokratische Bürgernation“,⁶⁸ fasste der ANC-Vorsitzende Mustapha Ben Jaafa den Enthusiasmus am Tag der Ratifizierung in Worte. Der Weg zu dieser Errungenschaft war steinig: Der ANC-Prozess erlebte im Sommer 2013 eine veritable Krise, die aber überwunden werden konnte.⁶⁹ Ende Juli hatten mehrere dutzend Abgeordnete ihre Arbeit ausgesetzt. Erst Mitte September kam es wieder zu einer Zusammenkunft. Debattiert wurde in dieser Sitzung über Sport in der Grundschule und Fischereigesetze – während tags zuvor wütende Proteste gegen den Umgang der Regierung mit der Pressefreiheit das Land erschütterten.⁷⁰

Bis zur Ratifizierung der Verfassung mussten mit Jebali und seinem Nachfolger Ali Larayedh auf öffentlichen Druck nach der Ermordung der Oppositionspolitiker Belaid und Brahmi zudem bereits zwei Premierminister zurücktreten. Auch diese Ereignisse sind bemerkenswert: Zum ersten Mal in der arabischen Welt verzichtete eine von Islamisten dominierte Regierung „im nationalen Interesse“ auf die Macht. Das kann auch als Lehre aus dem Schicksal der weniger kompromissbereiten Muslimbruderschaft in Ägypten interpretiert werden.⁷¹ Als Mohammed Mursi im Juli 2013 aus dem Amt getrieben wurde, wurde die Organisation von der Militärregierung massiv unterdrückt: Aussehen, auf die man im tunesischen Islamismus gerne verzichtete.

Der Ausnahmezustand, der in Tunesien seit dem Januar 2011 galt, wurde im März 2014 von Präsident Marzouki aufgehoben. Im Oktober und November 2014 schließlich stimmte das Land über das neue Parlament und einen neuen Präsidenten ab. Die regierende *Ennahda* musste dabei große Stimmeneinbußen hinnehmen, die Wahlbeteiligung war im Vergleich zu 2011 von 52 auf 39 Prozent⁷²

63 Mohamed Bouazizi erlag seinen Verbrennungen am 4. Januar 2011. Fleischer (wie Anm. 16), S. 6.

64 Wörtlich wird in der Umfrage nach folgender Aussage gefragt, der 91 Prozent zustimmten: „Democracy may face problems but it's better than any other form of government.“ Moaddel (wie Anm. 3), S. 65.

65 Der Verfassungstext in deutscher Sprache (Übersetzung durch den Sprachendienst des Deutschen Bundestages): <http://www.kas.de/wf/doc/12770-1442-3-30.pdf> [Stand: 11.02.2015].

66 Verglichen mit anderen Ländern der Region sprechen sich in Tunesien deutlich mehr Bürger/innen für eine Gleichstellung von Mann und Frau aus. Auffällig ist, dass nach wie vor nur 26 Prozent Liebe als ausschlaggebenden Grund für eine Heirat sehen – im Vergleich zum Rat der Eltern, den 56 Prozent befolgen würden. Dass eine Frau sich jedoch so anziehen sollte, wie sie möchte, sehen in keinem anderen Land wie in Tunesien so viele als selbstverständlich an, vgl. Moaddel (wie Anm. 3), S. 6.

67 Werenfels (wie Anm. 3); Fleischer (wie Anm. 16), S. 2.

68 Zit. nach Tarek Amara: Tunisia approves new constitution, appoints government, in: Reuters, 26.01.2014, <http://www.reuters.com/article/2014/01/27/tunisia-politics-idUSL5N0L00NY20140127> [Stand: 12.02.2015] [Übersetzung der Autorin K. M.].

69 Ausführliche Analyse bei Anna Antonakis-Nashif: Legitimitäts- und Verfassungskrise in Tunesien. Zuspitzung durch politische Morde und die Entwicklungen in Ägypten, in: SWP Aktuell 49 (2013), http://www.swpberlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A49_atk.pdf [Stand: 09.02.2015].

70 Milz (wie Anm. 13).

71 Werenfels (wie Anm. 2).

72 Johanne Kübler: Der neue Alte in Tunis, in: zenithonline, 08.01.2015, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/a/artikel/der-neue-alte-in-tunis-004329/> [Stand: 08.02.2015].



Der tunesische Präsident Béji Caïd Essebsi (1. Reihe, Mitte) mit seinem Kabinett nach der Vereidigung, Tunis, 6. Februar 2015

Foto: ullstein bild/Fotograf: Zoubeir Souissi

rapide gesunken. Da keiner der Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit erreichen konnte, kam es im Dezember zu einer Stichwahl zwischen Altpräsident Moncef Marzouki und Béji Caïd Essebsi, die Letztgenannter für sich entschied.

Essebsi war bereits Außen- und Innenminister unter Bourguiba, Parlamentspräsident unter Ben Ali und Übergangspremier nach der Revolution von 2011. Heute gehört der 88-Jährige der erst 2012 gegründeten, säkularen Partei *Nidaa Tounes* („Ruf Tunesiens“) an und gilt als kleinsten gemeinsamer Nenner des Anti-*Ennahda*-Bündnisses.⁷³ Als Premierminister fungiert seit Anfang Februar 2015 mit Habib Essid ein parteiloser Ökonom, der vor allem für seine Wirtschaftskompetenz bekannt ist. Nach der friedlichen Machtübergabe durch *Ennahda* hat die junge Demokratie die erste Hürde genommen. Die Zeit der politischen Instabilität des Landes scheint mit der neuen Verfassung und einer handlungsfähigen, demokratisch legitimierten Regierung vorerst überwunden zu sein. Neben der stagnierenden Wirtschaft sieht sich die Politik jedoch weiteren enormen Herausforderungen gegenüber, die für die nun führenden Köpfe auch persönlicher Art sein werden: die Achtung der Menschenrechte und die Aufarbeitung der Diktatur.

73 Kübler (wie Anm. 72).

74 Hier und im Folgenden: ebd.

75 Ausführlich hierzu: Elyes Ben Sendrine: Methoden und Praxis des Machtmissbrauchs. Wie das Regime Ben Ali Kritiker systematisch mundtot machte, in: Moritz Behrendt, Robert Chatterjee, Daniel Gerlach u. Philipp Spalek (Hg.): Diktatur bewältigen. Aufarbeitung und Übergangsgerechtigkeit in Ägypten und Tunesien, Berlin 2013, S. 174–203.

Presse- und Meinungsfreiheit auf dem Prüfstand

Ein wahrer Personenkult⁷⁴ um den neuen Präsidenten Essebsi geht vor allem auf die Zeit der Übergangsregierung nach der Revolution zurück, in der er sich einen hervorragenden Ruf insbesondere im Vergleich zu den Islamisten erarbeitete – selbst Journalisten nannten ihn in Artikeln bei seinem Spitznamen „*Bajbouj*“, den er seit Kindheitstagen trägt. Für systemkritische Journalisten gilt Essebsi eher als Gefahr, wie zwei Beispiele verdeutlichen: Kurz nach seiner Wahl zum Jahresende kam es zu spektakulären Verhaftungen. Die Regisseurin Ines Ben Othman wollte gegen eine Polizistin Anzeige erstatten, die sie auf Facebook mehrfach bedrängt und beleidigt hatte; stattdessen wurde sie selbst verurteilt. Der Blogger Yassine Ayari, der *Nidaa Tounes* und Essebsi im Wahlkampf scharf kritisiert hatte, wurde von einem Militärtribunal wegen Verleumdung zu drei Jahren Haft verurteilt.

Diese Verstöße gegen die Meinungsfreiheit haben in Tunesien eine lange Tradition: Das Grundrecht war bereits von Bourguiba massiv eingeschränkt worden, unter Ben Ali wurde jegliche Art von Kritik unterdrückt.⁷⁵ Doch



Der Journalist Zied el-Heni am Tag seiner Entlassung, Tunis,
17. September 2013 Foto: Kristina Milz

auch nach der Revolution sehen sich Journalisten schwierigen Arbeitsbedingungen und Einschränkungen gegenüber: Zwar herrscht seither offiziell Pressefreiheit, doch der Zugang zu Informationen wird regierungskritischen Journalisten verwehrt. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ stuft Tunesien im Jahr 2014 in ihrem Ranking der globalen Pressefreiheit auf Rang 133 von 180 Ländern ein.⁷⁶ Das ist zwar eine Verbesserung gegenüber dem Stand unter Ben Ali, wo das Land noch auf dem 164. Platz rangierte⁷⁷ – aber es ist nicht der von vielen erwartete Meilenstein.

Die nach wie vor schlechte Bewertung ist nicht zuletzt Fällen wie dem von Zied el-Heni geschuldet.⁷⁸ Der einflussreiche tunesische Journalist, der über Korruption und politische Attentate berichtet hatte, saß im September 2013 drei Tage in Haft, weil er einen Staatsanwalt verleumdet haben soll. Er hatte im Fernsehen die Freilassung eines Kameramanns gefordert, der aufnahm, wie ein Ei auf den Kulturminister geworfen wurde. El-Heni beschuldigte im Fernsehen Staatsanwalt Tarek Chkioua eines Komplotts, das das Ziel habe, die tunesischen Medien einzuschüchtern. Diese Aussage war offensichtlich zu viel der Meinungsfreiheit. Der Journalist musste ins Gefängnis, ohne dass seine Anwälte angehört wurden. Es folgte ein Generalstreik der tunesischen Medienvertreter. Gegen eine Kautions wurde el-Heni wieder freigelassen.

„Es ist bekannt, dass el-Heni früher dem Ben-Ali-Regime nahestand“, kommentierte ein ANC-Abgeordneter den Vorfall. Für die einen ist el-Heni ein Held, der für die Freiheit der Presse kämpft – für andere dagegen ist er ein

76 Reporters Without Borders, World Press Freedom Index 2014: <http://rsf.org/index2014/en-index2014.php> [Stand: 11.02.2015].

77 Reporters Without Borders, World Press Freedom Index 2010: <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2010,1034.html> [Stand: 11.02.2015].

78 Hier und im Folgenden: Milz (wie Anm. 13).

79 Kübler (wie Anm. 72).

80 Zur Dringlichkeit der Archivöffnung siehe Amen Allah Derouiche: Warum die Archive geöffnet werden müssen. Ohne vollen Aktenzugang sprießen in Tunesiens postrevolutionären Gerichtsverfahren die Gerüchte, in: Behrendt/Chatterjee/Gerlach/Spalek (wie Anm. 75), S. 206–216.

81 Fleischer (wie Anm. 16), S. 6.

Mann, der früher das alte System unterstützte. Ein berechtigter Vorwurf? Oder ein haltloser Verdacht? El-Heni ist ein gutes Beispiel dafür, dass sich die Grenzen nicht einfach ziehen lassen. Zu Zeiten der Diktatur schrieb der Journalist für das regierungsnahe Blatt „La Presse“. Unbestritten ist aber auch, dass sein Blog im Internet während der Präsidentschaft Ben Alis mehr als hundert Mal geschlossen wurde.

Der Fall el-Heni fiel noch in die Regierungszeit von *Ennahda* – *Nidaa Tounes* und die neue Regierung müssen nun beweisen, dass sie die Meinungsfreiheit höher schätzen als ihre Vorgänger. Bisherige Vorkommnisse wie die der beiden Verhaftungen zum Jahresende (s. o.) nähren bereits Zweifel.

„Instanz der Wahrheit und Würde“

Ähnliches gilt für die Aufarbeitung der Diktatur Ben Alis, deren Unterstützung dem neuen Präsidenten Essebsi als ehemaligem Minister aus dieser Zeit schwer fallen dürfte. Im Juni 2014 wurde die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Sihem Bensedrine zur Präsidentin der „*Instance Vérité et Dignité*“ („Instanz der Wahrheit und Würde“) gewählt. Die Wahrheitskommission soll alle hohen Amtsträger auf Verbindungen zum Ben-Ali-Regime überprüfen. Sie nahm ihre Arbeit im Dezember 2014 auf. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen wollte Bensedrine kurz nach der Wahl Essebsis Dokumente aus dem Präsidentenpalast in Sicherheit bringen – ein Eklat.⁷⁹ Sie fürchtete offensichtlich die Vernichtung wichtiger Akten,⁸⁰ da Essebsi hatte verlauten lassen, dass die Wahrheitskommission einzig dazu diene, alte Rechnungen zu begleichen.

Bei den Protesten gegen Ben Ali wurden 300 Menschen getötet, die Zahl der Verletzten wird auf 700 geschätzt.⁸¹ Alte Rechnungen sind also tatsächlich noch offen. Das gilt aber nicht nur für die Regierungszeit Ben Alis und dessen unter zahlreichen Opfern durchgesetzten Sturz, sondern auch für die darauf folgende Periode der *Ennahda*-Regierung: Die Ermordung des Oppositionspolitikers Chokri Belaïd wurde bis heute nicht aufgeklärt, genauso wenig wie die seines Kollegen Mohamed Brahmi. Zumindest den Ermittlungen im islamistischen Milieu steht mit der neuen säkular orientierten Regierung politisch nichts mehr im Wege. Wie diese jedoch mit ihren eigenen Kritikern umgeht – nicht zuletzt daran wird sich entscheiden, ob Tunesien in der Demokratie angekommen ist. ■